

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	15. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	29. September 2015, 15:30 Uhr
		Öffentlich
	Ort:	Südwerk-Bürgerzentrum Südstadt, Henriette-Obermüller-Straße 10, Karlsruhe
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

27.

**Punkt 27 der Tagesordnung: Konzept zur Errichtung von Fahrradstraßen
Antrag der Stadträte Tilman Pfannkuch, Herman Brenk, Jan Döring und
Dr. Albert Käuflein (CDU) sowie der CDU-Gemeinderatsfraktion vom
22. Juli 2015
Vorlage: 2015/0460**

Beschluss:

mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

16 Ja-Stimmen, ansonsten Nein-Stimmen

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 27 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Die Einrichtung von Fahrradstraßen stellt grundsätzlich einen Eingriff in den Bestand dar. Da ist die CDU-Fraktion grundsätzlich der Meinung, dass wir bis zum Abschluss der Kombilösung von so einem Eingriff in den Bestand dringend abraten.

Das ist ein Eingriff, wer die Straßenverkehrsordnung versteht. In dem Zusammenhang ist die Regel bei einer Fahrradstraße: Zunächst einmal ein Verbot für den Pkw-Fahrer oder den motorisierten Individualverkehr. Nur durch eine Ausnahmebeschilderung ist dieser Individualverkehr dann zulässig. Wir haben in Karlsruhe regelmäßig die Ausnahme, meinen aber, dass das der Normalfall ist. Unabhängig davon ist die Einrichtung einer Fahrradstraße selbstverständlich ein Eingriff in das Verkehrssystem.

Der Antrag der CDU-Fraktion geht schlicht und einfach dahin, dass man zunächst wartet, bis diese Großbaustelle abgeschlossen ist und danach Fahrradstraßen nach einem Konzept einrichtet, das dann ein Radverkehrsnetz bedient, das dann auch Destinationen von A nach B festlegt und sagt, in diese Richtung müssen wir mehr tun. Da brauchen

wir auch schon wegen der Nachfrage entsprechende Verkehrseinrichtungen oder Beschilderungen.

Ich will es ganz kurz machen. Ich habe den Eindruck, dass die Verwaltung eine ganz andere Strategie verfolgt. Sie richtet Fahrradstraßen fast – ich gebe zu: fast – an allen Straßen ein, wo das gesetzlich zulässig ist und wo es möglich ist, mit ganz wenigen Ausnahmen, wo man sagt, da haben wir keine Fahrradstraße vorgesehen. Aber der Effekt ist schließlich und endlich, dass auch Straßen, die im Moment eine Fahrradstraße noch nicht erlauben, immer weniger vom motorisierten Individualverkehr angefahren werden und man dann im Ergebnis nach ein paar Jahren nach und nach alle Straßen zu Fahrradstraßen umwidmen kann, um so den Vorgaben bestimmter Interessenorganisationen, denen wir beigetreten sind, gerecht zu werden. So verstehen wir weder eine Verkehrspolitik, noch im Speziellen eine konsequente, gezielte Förderung des Fahrradverkehrs.

Stadtrat Zeh (SPD): Herr Pfannkuch, mir scheint, Sie hören nicht immer zu im Planungsausschuss. Vielleicht sollten Sie einmal einen erfahrenen Verkehrsjuristen fragen. Denn so einfach ist es nicht, eine Fahrradstraße einzurichten. Ich habe bei Ihrem Vortrag das Gefühl gehabt, Sie verwechseln Fahrradrouten oder auch im Stadtgebiet verteilte Fahrradstrecken mit Fahrradstraßen. Sie müssen feststellen, dass eine Fahrradstraße nur dort – das ist eine Voraussetzung – eingerichtet werden kann, wo mehr Fahrradverkehr als Autoverkehr ist. Das ist dann das vorherrschende Verkehrsmittel. Aber das wollen Sie scheinbar nicht anerkennen. Vermutlich leben Sie noch in den 60er Jahren des vorherigen Jahrhunderts und träumen von der autogerechten Stadt, die man damals mit der Kriegsstraße realisieren wollte. Aber wir sind jetzt beim Umbau.

Sie sagen in Ihrer Rede ganz klar, Sie wollen keine Änderungen bis 2020 haben. Aber das ist überhaupt nicht der Wirklichkeit entsprechend. Die Straßenverkehrsordnung ist die Voraussetzung, dass eine Fahrradstraße errichtet wird. Wir haben auf der Südtangente 80er- und 100er-Zonen. Wir könnten sagen, dass wir ein Konzept machen, damit die Geschwindigkeit durchgängig ist. Nein, die Rechtsgrundlage erlaubt das nicht.

Wir haben Fahrradstraßen einzurichten, um fahrradfreundliche Stadt zu bleiben. Wenn wir jetzt noch ein paar Beispiele nennen von Fahrradstraßen, die neu geschaffen werden sollen: die Hoffstraße, die 3.460 Fahrradfahrer und nur 1.300 Autofahrer hat oder die Seminarstraße mit 3.900 Fahrradfahrer gegen knapp 900 Autofahrer. Wir wissen natürlich, warum da so viel Fahrradfahrer fahren. Die fahren alle zur Hochschule für Technik und Wirtschaft oder zur Pädagogischen Hochschule. Mit der Kombilösung haben diese Straßen nichts zu tun. Oder auch die Gutschstraße, die eine schöne Verbindung zwischen Südstadt und Südweststadt ist über die Tiergartenbrücke. Auch dort fahren 1.500 Fahrradfahrer und nur 470 Autofahrer.

Die Straßen haben nichts mit der Kombilösung zu tun. Dieser Zusammenhang, den Sie herstellen, ist völlig aus der Luft gegriffen. Wir stehen ganz klar für die Umwandlung dieser Straßen in Fahrradstraßen und lehnen Ihren Antrag als Nebelkerzenantrag ab.

Stadtrat Honné (GRÜNE): Es hört sich zunächst gut an, wenn eine Fraktion ein Konzept für zusätzliche Fahrradstraßen fordert. Das ist erst einmal sehr schön, wenn nicht

das Problem da wäre, dass der Planungsausschuss im Moment eine ganze Reihe von neuen Fahrradstraßen positiv zur Kenntnis genommen und begrüßt hat, dass es gemacht wird. Somit ist die einzige Folge dieses Antrags, wenn er denn durchkäme, dass etwa 5 Jahre lang keine eingerichtet werden können. Das ist genau das Gegenteil von dem, was die Überschrift suggeriert. Das ist schon sehr komisch.

Man muss auch einmal bedenken, was ist eigentlich die Wirkung, wenn das Schild „Fahrradstraße“ aufgestellt wird. Da finden keine Baumaßnahmen statt. Es wird nur das Schild aufgestellt. Das ist kein Rieseneingriff. Die meisten Verkehrsteilnehmer werden gar nicht wissen, was der Unterschied ist, was das Schild bewirkt. Denn Tempo-30-Zonen sind das alles schon, wo die Schilder aufgestellt sind. Da ändert sich nichts. Es wird nur denen, die mit dem Auto fahren, deutlich gemacht, dass vermehrt mit Fahrrädern zu rechnen ist. Das sehen die meisten allerdings auch dadurch schon, dass sowieso viele Fahrräder unterwegs sind. Es sind die Haupttrouten, auf denen Massen von Fahrrädern unterwegs sind.

Wir sind noch sehr weit davon entfernt, dass alle Straßen von Karlsruhe auch nur annähernd Fahrradstraßen werden. Im Moment haben wir 20 – 25, mit der Einrichtung der geplanten. Da sind wir noch weit davon entfernt, dass alle Straßen zu Fahrradstraßen geworden sind. Insofern lehnen wir diesen Antrag vehement ab.

Stadtrat Braun (KULT): Zunächst möchte ich anmerken, dass sich in der Vorlage des CDU-Antrags offensichtlich ein Fehler eingeschlichen hat. Nach mehrmaligem Lesen des Antrags stelle ich fest, dass es sich hier offensichtlich nicht um ein Konzept zur Errichtung von Fahrradstraßen, sondern vielmehr um ein Konzept zur Verhinderung von Fahrradstraßen dreht.

Ich selbst fahre regelmäßig Fahrrad, fahre aber auch regelmäßig Auto. Ich möchte mich aber ungern auf ein bestimmtes Verkehrsmittel festlegen oder festlegen lassen. Daher ist es wichtig, dass alle Verkehrsmittel gleichberechtigt in ein Gesamtverkehrskonzept einfließen. Wir müssen den vorhandenen Mischverkehr in einem Verkehrskonzept unter einen Hut bringen, wie es richtig in der Vorlage steht. In diesem können wir es uns nicht erlauben, zwei Verkehrsmittel gegeneinander auszuspielen. Wir verzeichnen in den letzten Jahren in Karlsruhe einen Wandel des Mischverkehrs. Diesen müssen wir in einem entsprechenden Konzept festhalten.

Genau wie die Verwaltung sehen wir keinen plausiblen Grund, die Errichtung neuer Fahrradstraßen zurückzustellen, bis dann nach Fertigstellung der Baustellen der Komobilisierung der nächste CDU-Antrag gestellt wird, in dem eine andere, mir unverständliche Begründung zu erneuter Rückstellung der Fahrradstraßen aufgeführt wird. Dass die CDU offensichtlich eine Gefährdung für den reibungslosen Kfz-Verkehr befürchtet, darf uns als weit über die Region hinaus bekannt Fahrradstadt nicht davon abhalten, Fahrradstraßen im Gesamtverkehrskonzept eine weiterhin wichtige, hohe Bedeutung zuzuschreiben.

Meine Fraktion wird den Antrag daher ablehnen.

Stadtrat Jooß (FDP): Die Verwaltung folgt nur der Realität bei der Entwicklung des Rad- und Pkw-Verkehrs, nämlich immer mehr Fahrräder und weniger Privatautos. Eigentlich sollte die CDU das wahrnehmen. Neueinrichtungen von Radstraßen liegen nur im Promillebereich der verbleibenden Straßen. Von daher können wir nicht von einer Bevorzugung von Radfahrern reden.

Gerade jetzt bei der Baustellensituation brauchen wir Radwege und nicht mehr Straßen für Autos.

Der Vorsitzende: Das waren alle Wortmeldungen. Dann können wir in die Abstimmung gehen. Ich bitte um das Kartenzeichen. – Bei 16 Zustimmungen mehrheitlich abgelehnt.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
21. Oktober 2015